

Haushaltsrede zur Haushaltssatzung 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in meiner zweiten Haushaltsrede will ich mit einer allgemeinen Bemerkung zum Zustand der kommunalen Finanzen beginnen. Von 396 Kommunen in NRW befanden sich 174 Städte und Gemeinden im Jahre 2014 - aktuellere Zahlen habe ich nicht recherchieren können - in einem Haushaltssicherungskonzept. Das heißt fast 44%, also rund die Hälfte aller Städte und Gemeinden sehen sich dazu gezwungen, mehr Schulden zu machen als sie eigentlich tragen können. Griechische Verhältnisse sind das z.B. in Krefeld, Rheinbach, Mühlheim, Eschweiler oder anderswo. Und das ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen so, sondern fast überall in Deutschland. Fast überall? Wer denkt bei den Ausnahmen nicht sofort an unsere Nachbarn in Langenfeld oder Monheim. Doch ob z.B. der Steuerdumpingwettbewerb Monheims ein allgemein tragfähiges Modell zur Finanzierung aller Kommunen ist, darf bezweifelt werden. Denn die günstigsten Gewerbesteuersätze locken Firmen wie schales Licht die Motten – ganz dunkel wird es dann woanders.

Aber lassen Sie mich nicht weiter klagen, sondern den Blick auf Leichlingen richten. Der neue Kämmerer hat mit dem Bürgermeister und seinem Team einen Entwurf auf den Tisch gelegt, der genehmigungsfähig ist. Dieser Entwurf stellt die Stadt nicht unter ein Notrecht, das die Selbstverwaltung beschränkt und freiwillige Aufgaben, die eine Stadt erst ausmachen, auf ein Minimum reduziert. Ich will an dieser Stelle daran erinnern, dass vor nicht langer Zeit ein ehemaliger CDU-Fraktionschef freiwillig (!) den Weg ins Notrecht achselzuckend vorgeschlagen hatte in der Hoffnung, damit das strukturelle Problem in den Griff zu bekommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nennen das Kaputtsparen oder vollendete Verantwortungslosigkeit.

Die verantwortliche Wahrheit lautet: Ja, auch Leichlingen lebt von der Substanz. Aber der Unterschied zu den vielen oben genannten Kommunen ist der, dass Substanz vorhanden ist. Rund 122 Millionen war die Stadt Ende 2014 „schwer“. Nicht auf dem Konto aber in Form von Anlagevermögen, was zugebe-



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Fraktion im Rat der
Blütenstadt Leichlingen

Bahnhofstraße 7
42799 Leichlingen

Tel.: 02175 / 2377
Fax: 02175 / 73573

fraktion@spd-leichlingen.de
www.spd-leichlingen.de

Ihr Ansprechpartner:

Matthias Ebecke

Am Goldberg 16
42799 Leichlingen

Mobil: 0179 / 5990779

Email: matthias@ebecke.de

nermaßen auf dem freien Markt meist keinen Käufer finden würde. Wer kauft schon einen Friedhof oder eine Stichstraße? Von diesem Anlagevermögen ist das Defizit aus 2015 abzuziehen. Und nun die rund 6 Millionen Defizit für 2016. Falls Sie sich fragen, was zu tun ist, wenn das Eigenkapital aufgezehrt ist, dann kann ich Ihnen darauf heute keine Antwort geben. Sicher aber ist: Vor diesem Problem wird der Großteil der Städte und Gemeinden viel, viel früher als die Blütenstadt stehen. Manche stehen schon jetzt davor, denen das Land versucht mit dem so genannten Stärkungspakt aus der Misere zu helfen.

Bevor ich zu Einzelpositionen des noch zu beschließenden Haushalts komme, ist die vorgeschlagene Grundsteueranpassung von 495 Punkte auf moderate 550 Punkte anzusprechen. Zum Vergleich: Die Gemeinde Rösrath liegt bei 590 Punkte, die Gemeinde Kürten bei 600 Punkte und Overath gar bei 850 Punkte. Das sind die aktuellen Sätze des Jahres 2015 ungeachtet der dortigen Haushaltsberatungen für dieses Jahr. Eine fiktive Familie Meier mit Einfamilienhaus und einem bisherigen Grundsteuerbetrag von 720 Euro im Jahr müsste mit einer Mehrbelastung von rund 80 Euro rechnen; also 6,70 Euro im Monat. Für eine Familie Müller mit einer 4-Zimmer-Wohnung und einem bisherigen Grundsteuerbetrag von 270 Euro wäre das eine Mehrbelastung von genau 30 Euro; also 2,50 Euro im Monat. Das halten wir für vertretbar mit dem Ziel, eine wertvolle und funktionierende städtische Infrastruktur erhalten zu können ohne ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen.

Die Gewerbesteuer soll unverändert bei 445 Punkte verbleiben. Nur Odenthal und Wermelskirchen liegen im Vergleich mit den anderen sieben Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises darunter, Wermelskirchen mit einem zwinkernden Auge um genau einen Punkt (444 Punkte).

Das gleiche gilt für die Grundsteuer A, die wir im Gegensatz zu den Grünen nicht erhöhen wollen. Der Mehrertrag würde bei manchen Landwirten gerade einmal die Porto-kosten des Grundsteuerbescheids decken.

Der Vorschlag der CDU, die Grundsteuer B bei 495 Punkten zu belassen, ist unseriös. Die CDU hat keinen Vorschlag gemacht, wie die Mindereinnahmen von rund einer halben Million Euro kompensiert werden sollen und was wo gestrichen werden muss um dem Landrat einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. So kann man auch Politik machen, sehr geehrter Herr Wagner, damit unterscheidet sich Ihre Fraktion kein Stück von den Linken.

Kommen wir zu den Einzelpositionen, die sich lohnen zu erwähnen:

- Der Stellenplan

Es ist ein Erfolg, dauerhaft unbesetzte Stellen auch zu streichen und neue Akzente zu setzen. Wir haben das schweren Herzens mit den in der Realität nicht eingestellten Beauftragten für Demografie und Sport oder einem Gärtner getan. Stattdessen wurden Stellen zur Betreuung im Ganztage, für Flüchtlinge oder zur Wirtschaftsförderung beschlossen. Die Stelle des dringend notwendigen Wirtschaftsförderers wurde überraschenderweise gegen die Stimmen der CDU beschlossen, die schon in den 80er Jahren Leichlingen als Wohn- und Schlafstadt entwickeln wollte und notwendige Gewerbeansiedlungen im wahrsten Sinne des Wortes verschlafen hat und offensichtlich weiter verschlafen will.

- Die Kinder- und Jugendbetreuung

Hier zu investieren ist für die SPD-Fraktion eine Investition, die sich auszahlt. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ist deshalb dringend notwendig, die Betreuung im Ü3-Bereich zu erweitern um den Rechtsanspruch zu erfüllen und auch der zunehmenden Zahl an Flüchtlingskindern Platz zu bieten. Wichtig ist uns die Verlässlichkeit und die Qualität der Betreuung. Die an allen Leichlinger Grundschulen eingeführten offenen Ganztagschulen stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. 15 zusätzliche Plätze werden 2016 eingerichtet. Der Bedarf wird weiter steigen. Daher hat die SPD längst beantragt mit den Grundschulen geeignete Konzepte zu erarbeiten. Wir sind der Meinung, dass nur mit einem zukunftsorientierten Ansatz dem wachsenden Betreuungs-, Förderungs- und Integrationsbedarf nachgekommen werden kann.

In Sachen Kinder- und Jugendschutz fällt den Familien eine Schlüsselrolle für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu. Um die Eltern hierbei zu unterstützen ist es notwendig, frühzeitig Beratungs- und Hilfsangebote zu machen. Die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erfordert einen großen personellen und finanziellen Aufwand dem wir uns stellen müssen. Die SPD-Fraktion weiß wie wichtig es ist in die Prävention zu investieren und mittelfristig im Bereich der familienergänzenden und -ersetzenden Maßnahmen Geld einzusparen.

- Die Bildung und der Sport

Beide Bereiche haben eine große Bedeutung für die Bürgerschaft. Es ist gelungen, die Sekundarschule geräuschlos über Parteigrenzen hinweg einzurichten. Den beteiligten Lehrer-Kollegien, der Elternschaft aber auch der Verwaltung gilt für dieses Engagement Lob und Anerkennung.

Im Haushalt sind 150.000 Euro für die Außenanlagen im Schulzentrum, 100.000 Euro für die Sanitäranlagen der Grundschule Büscherhof und 40.000 Euro für den Schulhof der KGS Kirchstraße vorgesehen. 500.000 Euro kommen den Sportstätten und Hallen zu Gute, zusätzlich 150.000 Euro für Laufbahnen in der Balken Aue und 30.000 Euro für die Kleinfeldanlage Witzhelden.

Die Bücherei wird stabil genutzt. Das Gleiche gilt für die Musikschule mit ebenfalls stabiler Nutzung und einem Zuschussbedarf von 200.000 Euro.

- Die Verkehrs- und Infrastruktur

Der Straßenausbau bzw. die Straßen-Sanierungsmaßnahmen wurden auf Antrag der SPD bis 2020 neu sortiert. Die sinnvollen Prioritäten lauten erstens benachbarte Straßen gemeinsam anzupacken, zweitens Straßen in sichtbar schlechterem Zustand vorzuziehen und drittens dadurch die Belastungen durch Baustellen für die Anwohnerinnen und Anwohner zu verringern. Das bringt für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie für die Stadt finanzielle, strukturelle und logistische Vorteile.

Wir unterstützen den Verwaltungsvorschlag, einen Bauhofmanager/Bauhofleiter im Stellenplan vorzusehen anstelle des bisher geplanten Tiefbauingenieurs. So kann die Arbeitsbelastung und der Aufwand für die Leitung im Bereich Bauhof und Tiefbau auf mehrere Schultern verteilt werden.

Auf mehrfachen Wunsch der SPD alternative Bestattungsformen zuzulassen, wird 2016 endlich am Kellerhansberg ein Kolumbarium zur Urnenbeisetzung entstehen. Die Gespräche über die Einrichtung von Baumbestattungen oder einem Trauerwald laufen. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zum Erhalt der städtischen Gebäude und

Infrastruktur dauern ebenfalls in diesem Jahr kontinuierlich an. Wie z.B. die Kernsanierung der Turnhalle der Grundschule Kirchstraße oder die schon erwähnte Toilettenanlage der GGS Büscherhof. Insgesamt stehen im Haushalt 600.000 Euro für allgemeine Bauunterhaltung, 440.000 Euro für Sanierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden zur Verfügung, ebenfalls 600.000 für allgemeine Straßen- und Wegeunterhaltung und weitere 600.000 zur Sanierung der Hochwasserschutzmauern.

- Die Kultur und das Soziale

Die Verwaltung hat erneut ein hochwertiges und attraktives Kulturprogramm vorgelegt, das weiterhin ohne Zuschüsse auskommt und lediglich durch Personalkosten „belastet“ wird.

Im Sozialbereich steht die Bewältigung der so genannten Flüchtlingskrise im absoluten Vordergrund, der sich die Verwaltung mit aller Kraft stellt. Ohne den Ökumenischen Arbeitskreis und anderen Freiwilligen wäre dies allerdings kaum möglich. Ihnen gilt der ausdrückliche Dank der SPD-Fraktion. In einer Sonderratssitzung wurde einstimmig beschlossen, den Kauf mehrerer Immobilien vorzunehmen und somit dringenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Doch das allein ist nicht ausreichend. Darum ist der SPD-Fraktion die Erstellung eines Integrationskonzeptes sehr wichtig und deshalb soll auch ein Teil der Steuererhöhung für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Hier gilt kein Wegducken, das dient dem sozialen Frieden und ist unerlässlich für das Zusammenleben in unserer Stadt.

- Mein vorletzter Punkt: Die Stadtentwicklung

Auch wenn das Ergebnis der Bürgerbefragung die SPD-Fraktion enttäuscht hat, so ist es dennoch selbstverständlich zu akzeptieren: Die Stadtparks bleiben unangetastet. Allein wie es weitergeht, ist nun die neue, alte Frage. Muss der Kaufpark am Wupperufer bleiben oder ist jetzt nicht zwangsläufig – quasi als letzte Manövriermasse – das Rathaus und der Rathausvorplatz in die Überlegungen einzubeziehen? Uns war immer die Öffnung zur Wupper wichtig, wir hätten lieber einen Stadtpark hergegeben statt ein neues Rathaus zu bauen um die Wupper zu öffnen. Das wird allerdings nicht kostenlos zu haben sein wie die CDU den Bürgerinnen und Bürgern gern erzählt hat. Überhaupt ist die Frage an die B-Befürworter, wie es nun weitergehen soll nachdem REWE schon angedroht hat, den Vertrag mit dem Vermieter Kiefer zu kündigen. Hoffentlich behalten die Jusos mit ihrem ironischen Karnevalsmotto nicht recht, was da lautete: Stadtpark hin, Wupper her, die Tanke nimmt mir keiner mehr...

Mein Letzter Punkt: Danke!

Danke an das Team von Kämmerer Knabbe und Bürgermeister Steffes. Dieser Haushalt dient der gesetzlich vorgeschriebenen „Haushaltswahrheit“ und „Haushaltsklarheit“. Danke auch an alle sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie an alle Ratsmitglieder, die an den Diskussionen und Beschlüssen mitgewirkt haben. Und Danke vorab an alle Bürgerinnen und Bürger, die hoffentlich einverstanden sind mit dem was wir tun und die uns vertrauen. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2016 in der vorberatenden Version zu. «

Leichlingen, den 25.02.2016

Matthias Ebecke

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Leichlingen